

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Groß-Berlin nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband drucken für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., für Belgien, Schweiz, Dänemark, Norwegen, Schweden, Dänemark und Österreich 20,- M. Abnahme, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 54.

Die achtseitigen Kompositionen über deren Raum kostet 4,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gewerbe 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gewerbe in Wort-Anzeigen das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisprophet: Zentrum 2050, 2645, 4518, 4803, 4835, 4848, 4821

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Kaiserlicher Juwelenraub

### 200 Millionen den Kriegsbeschädigten entwendet

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wien, 2. Februar.

In der Nationalversammlung machte der Abgeordnete Deutschner darüber Mitteilungen, daß der Erzherzog Karl am 1. November 1918 durch den Grafen Berchtold vom Vizepräsidenten der Schatzkammer die Ausfolgung der kaiserlichen Kronjuwelen forderte und erhielt, um sie nach der Schweiz zu bringen. Der Wert der Kronjuwelen beträgt heute wenigstens zweihundert Millionen französische Franken. Das österreichische Gesetz und der Friedensvertrag sprechen die Kronjuwelen dem österreichischen Staat zu, so daß deren Fortschaffung einen Raub bedeutet. Die frühere österreichische Regierung forderte die Rückgabe. Sie schlug vor, einem internationalen Schiedsgericht diese Frage zu unterbreiten, was der Erzherzog zurückwies. Die Kronjuwelen sollten dem Kriegsbeschädigtenfonds zugeführt werden. Der Anwalt der Kriegsbeschädigten verlangte von der jetzigen christlich-sozialen Regierung die Vollmacht zur Klage, er erhielt sie aber nicht. Durch diesen Tatbestand ist erwiesen, daß Graf Berchtold die Kriegsbeschädigten betrogen hat.

## Mordpläne gegen die Volkskommissare

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Wien, 2. Februar.

Das Bronay-Detachement sandte einen Offizier nach Wien, der mit Emigrantenführern in Verbindung trat, mit dem Vorwande, den verurteilten Volkskommissaren zur Flucht zu verhelfen. Er wurde aber entlarvt und verhaftet. Es ist festgestellt, daß ungarische Weisgardisten einen Fluchtversuch der Volkskommissare veranstalten wollten, um sie auf der Flucht niederzuschlagen. Diese illegale Agitation zur Ermordung der Volkskommissare wird mit Duldung der ungarischen Behörde im ganzen Lande betrieben.

## Die Reparationsfrage

Gründliche Prüfung in Frankreich

Paris, 1. Februar.

Der Temps schreibt, in Frankreich werde im Laufe der beginnenden Woche das Abkommen über die Reparationen gründlich geprüft werden. Frankreich müsse schon in diesem Jahre ein beträchtliches Kapital finden. Mit einer einfachen deutschen Jahreszahlung sei ihm nicht gedient. Selbst wenn die Exportsteuer sofort eine Milliarde oder 1 1/2 Milliarden Goldmark ergeben würde, würde Frankreich zusätzlich der zwei Milliarden Annuitäten nur eine Summe erhalten, die beträchtlich geringer sei als die 16 Milliarden Francs, die sein Budget erfordere. Man müsse also schon von diesem Jahre ab einen Teil der Summen, die in den nächsten Jahren zahlbar seien, flüssig machen, mit anderen Worten, man müsse eine Serie ausländischer Anleihen vorbereiten, die als Sicherheit die von Deutschland verlangten Zahlungen hätten, und die dem französischen Staat im voraus Geld verschafften, das er nötig habe.

Auf die Frage, wie man dieses Hauptproblem lösen könne, weist das Blatt auf den Artikel II des Entwurfs hin, der auf Initiative von Loucheur Deutschland verpflichtet, Schatzbons zu liefern und zwar jeden halben Monat. Des ferneren weist das Blatt auf den Artikel des Entwurfs hin, der bestimmt, daß Deutschland im voraus bezahlen kann, und schließlich auf Artikel IV, der festsetzt, daß Deutschland ohne Genehmigung der Reparationskommission eine Kreditoperation im Ausland nicht vornehmen könne. Deutschland könne also nach diesen Bestimmungen selbst Anleihen ausgeben, die durch Annuitäten gedeckt würden und die zu einem Teil dazu dienen könnten, Frankreich im voraus zu bezahlen.

Um auf die deutschen Jahreszahlungen Geld zu leihen, müßten in erster Linie die eventuellen Geldleiher die Aussicht haben, daß sie pünktlich ihre Zinsen und ihre Amortisierung bekämen. Um dies sicherzustellen, gäbe es nur zwei Möglichkeiten: entweder die Deutsche Regierung zeige sich entschlossen, die vorerlebten Annuitäten zu bezahlen und läßt, seine Finanzen zur reorganisieren, oder die Alliierten leisteten Garantie, daß sie Deutschland zur Zahlung brächten, sei es durch Zwang oder durch Reformierung seiner Finanzen, wenn es widerspenstig und zahlungsunfähig sei. Der Ton der deutschen Presse beweise nicht, daß die Deutsche Regierung geneigt sei, freiwillig zu bezahlen. Das deutsche Budget beweise nicht mehr, daß Deutschland fähig sei oder wüßte, seine Finanzen zu reorganisieren. Man komme deshalb, welches Bedenken man auch darüber habe, dazu, die zweite der Möglichkeiten, also den Zwang ins Auge zu fassen.

Selen die Alliierten bereit, gemeinsam den Zwang anzuwenden, nicht etwa zu einem unbestimmten Zeitpunkt und nach langen Beratungen, sondern an einem bestimmten Tag, sozusagen automatisch, wie es jeder Geldleiher verlangen werde, der die

Sicherheit haben wolle, sein Geld am Verfalltag zu bekommen? Wenn die Antwort auf diese Frage ja laute, dann müsse man sofort davon sprechen, die deutsche Schuld zu mobilisieren. Wenn die Antwort aber laute oder leise, dann müsse man abwarten, bis die alliierten Regierungen ihre Gedanken und ihre Verpflichtungen präzisieren hätten.

## Mobilisierung der deutschen Schuld

Paris, 2. Februar.

Die Abgeordneten Kubrios, Devasseur, Rozier und Barthelemy haben einen Gesetzentwurf eingebracht zwecks unverzüglicher Mobilisierung der französischen Schuld. Dieser Entwurf sieht die Ausgabe von Wechseln der Bank von Frankreich auf die deutsche Schuld bis zur Höhe von 150 Milliarden vor, die nach und nach je nach Bedarf ausgegeben werden sollen. Diese Emission ist in erster Linie für die Wiederaufbauarbeiten in den verunsteteten Gebieten, für die Ablösung von Baus der nationalen Verteidigung und für eine beträchtliche Amortisation der französischen Renten, wodurch der Anleihemarkt für französische Staatsanleihen wieder eröffnet werden soll, zu verwenden.

## Keine Regelung der Kohlenfrage

London, 1. Februar.

Dem Reuterschen Bureau zufolge dementiert das Handelsamt formell eine von mehreren Blättern gebrachte Meldung, wonach der oberste Rat in Paris sich auch mit der Frage der Kohlenlieferungen beschäftigt und einen Beschluß über die von Deutschland als Teil der Reparation zu liefernde Kohlenmenge gefaßt haben sollte. Reuters bemerkt dazu, daß allein die Reparationskommission für diese Frage zuständig sei. Der oberste Rat würde sich nur in dem Falle damit befassen können, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllen würde. In diesem Falle würde der oberste Rat die Darlegungen der Deutschen und die der Reparationskommission zu prüfen haben.

## Die Orgech in Oberschlesien

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Kattowik, 1. Februar.

Die Existenz einer ausgebreiteten, bis in alle Einzelheiten organisierten polnischen Geheimmiliz in Oberschlesien kann nicht bestritten werden. Die polnische Propaganda treibt ihre militärische Organisation sogar in voller Öffentlichkeit. Es finden ungeniert militärische Übungen und Paraden dieser unter irgend einem Vereinsnamen verborgenen polnischen Geheimmiliz statt. Leider fehlt es auch auf deutscher Seite nicht an dunklen Elementen, die die Furcht der Bevölkerung vor dem polnischen Stotrupp mißbrauchen, um ihre militärischen geheimen Machenschaften zu rechtfertigen. Mehrfach haben Arbeiterwache Waffentransporte angehalten und Gummiknüppel beschlagnahmt. Erst jetzt wieder wird aus Beuthen die Beschlagnahme einer ganzen Wagonladung, 8 Maschinengewehre, 460 Infanteriegewehre, 100 000 Infanteriegewehre, 3500 Handgranaten, 360 Bomben mit Stützgasen, gemeldet. Der Wagon wurde von Keike nach Beuthen mit Petroleum oder Seife und Karmelade dekoriert. Die Beauftragten der internationalen Kommission fanden aber zwischen den Schmalzgefäßen und Sodafässern lediglich Waffen. Sämtliche Waffen stammen aus dem deutschen Waffendepot Keike. Die verantwortlichen Stellen werden höchst bedenklichen Fall nicht nur aufklären, sie werden diesem Treiben sofort ein Ende bereiten müssen, wenn sie sich selbst nicht dem Vorwurf der Duldung aussetzen wollen. Die Aufgabe ist nicht leicht, denn die geheimen Kanäle dieser Orgechherren, sind, wie wir wissen, ausgedehnt.

## Neue Kämpfe in Irland

London, 1. Februar.

Nach einer Reutersmeldung aus Dublin ist in Cork das erste entsprechend den Bestimmungen des Belagerungszustandes ergangene Todesurteil vollstreckt worden. Ein Pächter in der Grafschaft Kerry, der im Besitz eines geladenen Revolvers angehalten worden war, wurde hingerichtet. Am Bahnhof in Malrow haben Zivilisten einen Polizeioffizier durch Schüsse schwer verletzt und seine Frau getötet. Bei einer darauffolgenden Schießerei wurde ein Zivilist getötet und zwei verwundet. In Dublin erfolgte ein Angriff auf ein Postamt mit Hilfspolizisten, die das Feuer erwiderten. Ein Polizist und zwei Zivilisten wurden verwundet. In Cork wurde ein großer Teil der Stadt durch starke militärische Abteilungen und Panzerautos abgesperrt, darauf wurde eine Anzahl Hausdurchsuchungen vorgenommen.

## Die Krise in Amerika

Washington, 2. Februar.

Reuters. Der Monatsbericht des „Federal Reserve Board“ zeigt, daß eine unerfennbare Tendenz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auszuweisen ist. Verschiedene Betriebe, in denen große Arbeitermassen beschäftigt werden, haben die Arbeit entweder ganz oder teilweise wieder aufgenommen. Die Arbeiterlöhne melden weiter, daß 3 473 000 Arbeiter beschäftigungslos sind. Eine starke Besserung ist in den verschiedenen Zweigen des Textilgewerbes, besonders aber in der Garnindustrie wahrzunehmen.

## Landtagswahlen und Wirtschaftspolitik

Immer schärfer und offener tritt der Widerstand der Agrarier gegen die noch aufrechterhaltenen Reste der Zwangswirtschaft hervor. Trotz Frühdruschprämien, Gewährung höherer Preise, Lieferung von verbilligtem Mais, beträgt die Ablieferung an Brotgetreide in diesem Jahre nur ein Bruchteil der früheren Ablieferung. Mehr als zwei Millionen Tonnen Brotgetreide müssen deshalb zu den außerordentlich hohen Preisen im Auslande gekauft werden und belasten die Reichskasse mit rund 10 Milliarden Mark im Jahre.

Alle Ermahnungen an die Landwirte — das einzige Mittel, das die Regierung gegen sie anzuwenden weiß — zur Ablieferung von Getreide, um die Zwangswirtschaft vor dem Zusammenbruch und die Reichskasse vor der unerträglichen Belastung zu bewahren, bleiben ohne Wirkung. Je mehr die Regierung den Wünschen der Agrarier nachgibt, um so ungestümmer wird ihr Verlangen nach der restlosen Beseitigung der letzten Trümmer der behördlichen Bewirtschaftung. Die große Masse der Agrarier läßt sich dabei nur von ihren eigenen materiellen Interessen leiten, ohne jede Rücksicht auf die Notwendigkeit der ausreichenden Versorgung der städtischen Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln.

Neben der Brotgetreideversorgung offenbart sich das am besten in der Haferbewirtschaftung. Troh dem der Hafer in diesem Erntejahr wiederum der Zwangsbewirtschaftung unterliegt, wird Hafer nicht abgeliefert und der Verordnung der Regierung, die die Landwirtschaft zur Lieferung einer bestimmten Menge Hafer verpflichtet, aktiv und passiver Widerstand entgegengekehrt.

Der Brandenburgische Landbund z. B. hat seine Mitglieder in einer von der Presse vor einigen Tagen veröffentlichten Erklärung ausdrücklich aufgefordert, jede Ablieferung von Hafer zu verweigern. Die deutschnationale Interpellation über die Haferbewirtschaftung übt die gleiche Wirkung aus, so daß Fälle wie der folgende, über den das „Hannoversche Tageblatt“ vom 27. Januar berichtet, nur Symptome einer allgemeinen Erscheinung sind. In dieser Darstellung heißt es:

In einer von 350 Landwirten besuchten Versammlung wurde die gesamte Haferbewirtschaftung und besonders die Haferumlage einer scharfen Kritik unterzogen. Man beschloß einstimmig: 1. Die Haferumlage nicht zu erfüllen; 2. bei etwaigen Zwangsmahnahmen der Regierung in soldatischer Kampffront mit Repressalien zu antworten; 3. wenn der Regierung die Willensfundgebungen nicht genügt, eine schriftliche Verpflichtung aller Landwirte zur Durchführung dieser Beschlüsse, Urabstimmung herbeizuführen. Die Versammelten erhoben sich von ihren Plätzen und beklendeten durch ein kräftiges, einstimmiges „Jawohl“ ihr Einverständnis, diesen der Landwirtschaft aufzuerlegenen Kampf einmütig aufzunehmen und durchzuführen. Zum Schluß fand folgende Entschließung einstimmige Annahme:

„Wir können und wir wollen keinen Hafer liefern, und erst recht keine Geldbuße zahlen. Die zahlreich versammelten Landwirte aus dem Kreise Bielefeld legen aufs schärfste Verwahrung gegen die Zwangshofenumlage ein. Sie fordern alle Berufsgenossen auf, die Umlage geschlossen zu verweigern. Sie ersuchen die Regierung, den Gesetzentwurf, wonach für jeden Zentner Hafer eine Geldbuße zu zahlen sei, zurückzuziehen. Die Landwirte werden sich unter Ausbietung aller Nachmittel gegen die Durchführung eines solch ungerechten Gesetzes zu wehren wissen.“

Täglich wird auch der Widerstand der Agrarier gegen die Milchbewirtschaftung härter. Durch die Freigabe des Handels mit kondensierter Milch im Inlande wird die ohnedies außerordentlich ungenügende Milchablieferung nach den Städten immer weiter verschlechtert. Da die kondensierte Milch keiner Preisbeschränkung unterliegt, wird Milch anstatt frisch in die Städte geliefert, zu Kondensmilch verarbeitet, da das dem Landwirt höheren Gewinn einbringt. Was kümmert ihn, daß die Kindersterblichkeit in den Städten steigt, was macht es ihm aus, wenn tausende Kranke die zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit nötige geringe Milchmenge entbehren müssen! Er will verdienen und empfindet deshalb die Ablieferung von Milch zu den jetzt geltenden Preisen als unbillig und erstrebt gewaltsam die Heraushebung der Preise. Mit welchen Mitteln die Landwirte dabei arbeiten, geht aus der folgenden Meldung hervor, die Wolffs Telegraphenbureau verbreitet:

„Der Milchstreik in der Westpfalz dauert in großem Umfang fort, obwohl einzelne Gemeinden sich zur Weiterlieferung verpflichtet haben. Der Stadtrat von Birmafens richtete ein Telegramm an die Kreisregierung zwecks energischen Vorgehens gegen die Streikenden. Von den Streikenden werden auf der Landstraße die Milchsammler angehalten und die Milchfässer in Straßengraben entleert. (!!) Überall sind veritene Milchstreikposten zu sehen. Mehr als fünf hundert Liter fehlen heute wiederum in Kaiserslautern. Im Bezirk Zweibrücken sind vorderpfälzische Gendarmen eingetroffen und auf die Landorte verteilt worden.“

Aber trotz dieser gewaltsamen Verhinderung der Ernährung der städtischen Bevölkerung ist nichts von einem Ein-





Groß-Berlin

Rücksichtslose Hausagrarier

Immer wieder laufen zahlreiche Zuschriften ein, in denen über einfach unglaubliche Rücksichtslosigkeiten von Hausverwaltern und Vermietern berichtet wird.

Das Hausverwalter-Ehepaar Kunge bewohnt im Hause Dostiger Straße 33 eine Doppelwohnung und betreibt außerdem noch im Parterregeschoß desselben Hauses ein Kaufmannsgeschäft.

Die Arbeiterschaft sieht daraus, wie auch der sogenannte "Mittelstand", sobald er durch seine wirtschaftliche Lage an der Aufrechterhaltung der heutigen Gesellschaftsordnung interessiert ist, sich vor keinem Mittel scheut, das gegen die wirtschaftlich abhängigen Arbeiter gerichtet ist.

In dem Hause Westend, Platanen-Allee 8, wohnte im 1. Stockwerk ein Ehepaar, das zur Vermehrung von Zwangsquartieren eine Familie, bestehend aus sechs Personen, zu sich als Untermieter aufnahm.

abholen. Der Untermieter, der mit seiner Familie nicht so schnell bei den heutigen Wohnungsverhältnissen eine Unterkunft finden konnte, blieb in der Wohnung juristisch.

Diese beiden Vorfälle sind aber nichts anderes als typische Beispiele für das System, das heute gegen Arbeiter und Mieter angewandt wird.

Die Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn

Der zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Berliner Straßenbahn eingesetzte Stadtvordnetausschuss setzte unter dem Vorsitz des Stadts. Frank im Sitzungssaal der Straßenbahn seine Beratungen mit der Anhörung weiterer Sachverständigen und der Ergänzung der bisherigen Gutachten fort.

Zunächst verbreiteten sich der frühere Leiter der Hauptwerkstatt der Großen Berliner Straßenbahn, Oberingenieur Stader, und Direktor Hagemeier ausführlich über die Zustände in den Werkstätten und über die Arbeiten für die Wagenunterhaltung.

Die Wahl des neuen Kammerers

Unter dem Vorsitz des Genossen Stadts. Malbeck Manasse tagte gestern abend der Stadtvordnetausschuss zur Vorbereitung der Wahl eines Stadtkammerers an Stelle des zum Oberbürgermeister gewählten Kammerers Voß.

Verwaltungsbezirk 19. Freitag, 6 Uhr, Sitzung der Bezirksversammlung.

Auf dem Lehrter Bahnhof tödlich verunglückt. Der als Mensch und Jurist hochgeschätzte Senatspräsident am Kammergericht Ernst Blandmeister hat durch einen bedauerlichen Unglücksfall sein Leben verloren.

Brandfänge für den lebenden Vater. In der Gegend des Gesundbrunnens hat ein gewisser Kleinwächter, Sohn eines Bezirks-Schornsteinfegermeisters, in raffinierter Weise eine ganze Anzahl von Geschäften geschädigt.

Vorausichtiges Wetter für Berlin und Umgegend am Donnerstag. Ein wenig kälter, zeitweise etwas aufläuternd, jedoch überwiegend trübe und neblig bei mäßigen östlichen Winden.

Aus den Organisationen

Charlottenburg, 7. Krupp. Heute abend 7 Uhr Ersatzabend bei Thonhoff, Wladimirstr. 4. Erscheinen aller Genossen im erbeten.

21. S. P. D. Distrikt Döbrenberg. 2. Viertel. Unter Genosse Erich Abraham ist gestorben.



Auch die sauberste Mutter

Man kann es nicht verhindern, daß ihr Kind gelegentlich Ungeziefer aus der Schale mitbringt. Dieses wird radikal vernichtet durch PFEIFFEROL.

Spezialität: ohne Gummiplatte Zahn-Praxis Endter Nflg. Alvenslebenstraße 21, Hochbahnhof Bülowstraße.

Kleine Anzeigen. Die Heberflüssigkeitswort 2.-Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.

Möbel zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Bar- od. Teilzahlung bei kleinster Rate und Abzahlung.

Proletarische Jugend. Sammlung sozialistischer Jugendchriften. Soeben erschien Heft 1 Arbeiterjugend und sexuelle Frage.

Verkäufe. Gardinenverkauf. Zur weichen Woche bringen wir größtes Vahen erstklassiger Gardinen und Bestechen zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf.

Verkäufe. Schloßzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Sofa, Umbauten, Kücheneinrichtungen, Heizungseinrichtungen.

Verkäufe. Anzeiger, Schloß, kein besser Gedrüder vornehm, Einleitenstrasse 5, Kollnsee 1379.

Verkäufe. Angelager kauft dauernd jeden Vollen Ederstr. 16 (Veden) Tel. 363. 2783.

AEG sucht zum sofortigen Antritt tüchtige, selbständige, perfekte Einrichter für Stahl- und Acme-Schraubenautomaten.

Milch- u. Kolonialwarengeschäft. (Sämtliche Warengruppen) zu verkaufen. Wohnungsausschuss 2-3 Zimmer. Gefällige Offerten unter 'T 68' Hauptpoststation 'Freiheit'.

Botenfrauen werden verlangt. Expedition SPIEKERMANN, Pankow, Mühlentstraße 20, Eingang Florastraße. Botenfrauen werden sofort eingestellt.

In den nächsten Tagen erscheint: Arthur Crispian Heberflüssige Menschen Buchhandlg. 'Freiheit' Berlin C 2 Breite Straße 8-9

Den allergrößten Erfolg haben die kleinen Anzeigen in der Abendausgabe der Freiheit

Verkäufe. Schloßzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Sofa, Umbauten, Kücheneinrichtungen, Heizungseinrichtungen.

Verkäufe. Anzeiger, Schloß, kein besser Gedrüder vornehm, Einleitenstrasse 5, Kollnsee 1379.

Verkäufe. Werkzeuge u. Maschinen. Wollkerzen, alte, kauft Kautzke, Oberberger Str. 1.

Verkäufe. Tiermarkt. Handverkauf Aspirantale Grindelstr. 11, Calenderstr. 15. Gefährts-Verkäufe. Käse, Kuchlein, sofort verkäuflich, 1.200,-, Ruppstr. 83. Verschiedenes. Dauerhafte repariert Vorn, Reichenberger Str. 7.